



DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT IM DEUTSCHEN BEAMTENBUND

Landesverband Nordrhein-Westfalen

PDB · Grabenstraße 5 · 4000 Düsseldorf 1

An die
Präsidentin des Landtags
von Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags
4000 Düsseldorf 1

4000 Düsseldorf, den **13.** 04. 1992
Grabenstraße 5
Telefon: (02 11) 32 58 40
Telex: 8 584 564 pdb n
Telefax: (02 11) 32 05 84

Bankverbindungen:
Sparda Bank Essen eG.
Konto-Nr. 516 666 (BLZ 360 605 91)
Postgiroamt Essen
Konto-Nr. 174828-434 (BLZ 36010043)

Unser Zeichen
(bei Antwort bitte angeben)

Bewertung des Polizeidienstes

hier: Beratungen zum Landeshaushalt 1 9 9 3 -
Stellenplan Polizei

Anlage: 90 Überdrucke

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
11/1560

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

in den beteiligten Ausschüssen des Landtags ist die Diskussion anhängig, wie und in welchen Schritten die Ergebnisse des Gutachtens zur Funktionsbewertung der Schutzpolizei ab dem Haushaltsjahr 1993 konkret umzusetzen sind, nachdem für das laufende Jahr mit der Schaffung von 1000 neuen Planstellen im gehobenen Polizeivollzugsdienst und 2000 zusätzlichen Beförderungen im mittleren Dienst ein erster Schritt getan wurde.

Dabei wird u.a. auch das Für und Wider der zweigeteilten Laufbahn und einer Sonderlaufbahn diskutiert.

Wir fordern und erwarten bekanntlich die Einführung der zweigeteilten Laufbahn.

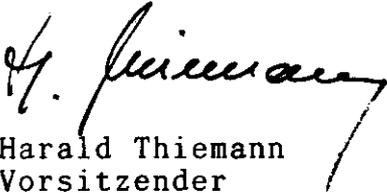
Dazu überreichen wir das anliegende Positionspapier mit der Bitte, es den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Innen- und des Haushalts- und Finanzausschusses zuzustellen. Eine ausreichende Anzahl von Überdrucken fügen wir bei.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Auffassung.

Die Polizei braucht sofortige spürbare Verbesserungen für die jetzt im Dienst befindlichen Beamten und die zweigeteilte Laufbahn, um ein auch für die Zukunft dauerhaftes und leistungsgerechtes 'Berufsbild Polizei' zu schaffen, das sich auf dem notwendigen und einem konkurrenzfähigen Niveau befindet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand
Im Auftrag



Harald Thiemann
Vorsitzender

Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

POSITIONEN ZUR BEWERTUNG DES POLIZEIDIENSTES

**hier: Diskussion um zweigeteilte Laufbahn /
Sonderlaufbahn P**

1.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB fordert die zweigeteilte Laufbahn (geh. und höh.Dienst) für den Polizeivollzugsdienst (Schutz- und Kriminalpolizei).

Grundlage dieser Forderung ist die Erkenntnis, daß die Laufbahn des mittleren Dienstes den Anforderungen des modernen Polizeidienstes im demokratischen Rechtsstaat nicht mehr gerecht wird, sondern der Polizeidienst im bestehenden Laufbahnsystem grundsätzlich dem gehobenen und höheren Dienst zuzurechnen ist.

2.

Diese Erkenntnis wurde zwischenzeitlich u.a. durch die vom Innenminister NRW in Auftrag gegebene Untersuchung über die Funktionen der Schutzpolizei (Kienbaum-Gutachten) bestätigt und die langjährige Position der Deutschen Polizeigewerkschaft nachdrücklich bekräftigt.

Kienbaum kommt aufgrund unzweifelhafter wissenschaftlicher Vergleichsuntersuchungen zu dem eindeutigen Schlußergebnis, daß auch die Funktionen der Schutzpolizei grundsätzlich dem gehobenen und höheren Dienst zuzuordnen sind und die wenigen noch weiterhin zum mittleren Dienst gehörenden Funktionen auch durch Angestellte wahrgenommen werden könnten. Insbesondere ist der gesamte operative Polizeivollzugsdienst dem gehobenen und höheren Dienst zuzuordnen.

3.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat zur Umsetzung ein schlüssiges und attraktives Konzept entwickelt und mit KLARTEXT im August 1991 veröffentlicht.

4.

Dieses Konzept berücksichtigt sowohl die dringend notwendigen Zukunftsperspektiven für die "Polizei 2000", als auch die fälligen Verbesserungen für die jetzt im mittleren Dienst befindlichen Beamten sowie Aufstiegschancen für den gehobenen Polizeivollzugsdienst und Ausweitung des höheren Dienstes.

Es gibt keinerlei sachliche Veranlassung von dieser eindeutigen und begründeten gewerkschaftspolitischen Position abzurücken, auch wenn die Politik nun versucht, bei den berechtigten Anliegen der Polizei insgesamt "preiswerter" wegzukommen und den Polizeibeamten Lösungen unterhalb der zweigeteilten Laufbahn schmackhaft zu machen. Unser Konzept ist finanzierbar - nötig ist einzig und allein der politische Wille.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert daher die politische Grundsatzentscheidung zur zweigeteilten Laufbahn - deutliche Anhebungen der Personalanteile im gehobenen und höheren Dienst mit realistischen Aufstiegsmöglichkeiten in angemessenen Zeiträumen sowie sofortiger Wegfall der unteren Besoldungsgruppen im jetzigen mittleren Dienst können als Zwischenstufen zur Verwirklichung dieses Zieles gewertet werden.

5.

In den Ländern Nordrhein-Westfalen und Berlin sowie im BKA ist die zweigeteilte Laufbahn bei der Kriminalpolizei verwirklicht. Die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und weitere haben zwischenzeitlich verbindlich erklärt, die Kriminalpolizei zu 100 % in den gehobenen und höheren Dienst überführen zu wollen.

Bei dieser Ausgangslage ist für eine "Sonderlaufbahn P" kein Platz mehr, es könnte allenfalls noch eine "Sonderlaufbahn Schutzpolizei" herauskommen.

Diese oder andere "Sonderregelungen/Sonderbehandlungen" sind alleine den Schutzpolizeibeamten nicht mehr zumutbar, das gilt umso mehr als 'Kienbaum' nachdrücklich feststellt, daß schutz- und kriminalpolizeilicher Einzeldienst gleichwertig sind; deshalb wäre die Abkopplung der Schutzpolizei ungerecht, unsozial, sachfremd und nicht vertretbar.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert die gerechte und gleichberechtigte Bewertung von Schutz- und Kriminalpolizei.

6.

Die zweigeteilte Laufbahn bedinge im Gegensatz zur Sonderlaufbahn Veränderungen der Vor- und Ausbildung, hört man.

Genau das will die Deutsche Polizeigewerkschaft in DBB, weil dies eine zwingende Voraussetzung für eine effektive und gesellschaftlich dauerhafte und adäquate Aufwertung des Polizeidienstes ist und damit ein endgültiges Überwinden des bisherigen unzulänglichen Besoldungsniveaus bedeutet.

Die Regelausbildung des Polizeivollzugsdienstes muß zukünftig die Fachhochschulausbildung sein -

auch um die Polizei im gesamten Berufsspektrum wieder mithalten zu lassen und die Konkurrenzfähigkeit der Polizei auf dem Nachwuchsmarkt wieder herzustellen.

Dies ist umso dringlicher, als für die meisten konkurrierenden Berufe heute schon Abitur/FHS längst Mindeststandard sind und selbst im Handwerk zu seiner Aufwertung schon darüber nachgedacht wird, den Meisterbrief mit der FHS zu verbinden.

7.

Bei der zweigeteilten Laufbahn hätte der Hauptschüler keine Chance mehr, hört man.

Tatsache dagegen ist, daß

- der Anteil der Hauptschüler bei den Einstellungen schon seit Jahren zurückgeht und z.B. in NW nur noch um die 5% beträgt,
- daß in den Laufbahnverordnungen der meisten Länder heute schon die Realschulausbildung als generelle Mindestqualifikation ausgewiesen ist und der Hauptschüler innerhalb der Polizei zur höheren Bildungsqualifikation geführt wird,
- daß lt. einer jüngsten Umfrage nur noch 11% aller Eltern für ihre Kinder den Hauptschulabschluß anstreben - daraus kann sich aber nicht das Nachwuchspotential der Polizei ergeben.

8.

Schließlich wird ein Nachahmungseffekt für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes befürchtet. Unabhängig davon, daß dieses Bestreben bei jeder Verbesserung vorhanden sein wird, kommt es auf die sachgerechte Bewertung der Aufgabe und Funktion sowie die folgerichtige Einstufung an. Dazu liegt für die Polizei das bekannte Gutachten vor.

Nachahmungsbemühungen anderer Bereiche sind aufgrund veränderter und schwieriger Aufgabenstellung entweder berechtigt oder nicht, können aber keinesfalls dazu herhalten, der Polizei die dringend notwendigen Strukturverbesserungen im erforderlichen Umfang vorzu-enthalten.

Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß sich in den Flächenländern ca. 75% aller Landesbeamten im gehobenen und höheren Dienst befinden, nur ca. 25% im einfachen und mittleren Dienst. Bei der Schutzpolizei aber befinden sich ca. 86% im mittleren Dienst.

Aus allem ergibt sich für die Deutsche Polizeigewerkschaft die zwangsläufige Forderung, die Polizei im bestehenden Laufbahngefüge angemessen zu bewerten und richtig einzustufen.

Das ist die zweigeteilte Laufbahn und nicht ein Sonderweg für die Schutzpolizei mit der Gefahr, zukünftig wieder hinter allgemeinen positiven Entwicklungen herzulaufen und die Ungleichbehandlung von Schutz- und Kriminalpolizei festzuschreiben.

gez.

Harald Thiemann

Bundsvorsitzender / April 1992